

# **Schriften des Historischen Kollegs**

Herausgegeben  
von der  
Stiftung Historisches Kolleg

Vorträge  
31

**Heinrich August Winkler**

**Mußte Weimar scheitern?**

**Das Ende der ersten Republik und die Kontinuität  
der deutschen Geschichte**

**München 1991**

Schriften des Historischen Kollegs  
im Auftrag der  
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft  
herausgegeben von  
Horst Fuhrmann  
in Verbindung mit  
Knut Borchardt, Lothar Gall, Hilmar Kopper, Karl Leyser, Christian Meier,  
Horst Niemeyer, Arnulf Schlüter, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus und  
Eberhard Weis

Geschäftsführung: Georg Kalmer  
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner  
Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Heinrich August Winkler (Freiburg i. Br., jetzt Berlin) war – zusammen mit Professor Dr. Johannes Fried (Frankfurt a.M.) und Professor Dr. Paolo Prodi (Bologna) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 1990/91. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Heinrich August Winkler aus seinem Arbeitsbereich einen öffentlichen Vortrag zu dem Thema „Mußte Weimar scheitern? Das Ende der ersten Republik und die Kontinuität der deutschen Geschichte“ am 10. Juni 1991 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds der Deutschen Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

**D**IE Frage, warum die Weimarer Republik gescheitert ist, gehört spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu den großen Themen der Geschichtswissenschaft. Die Folgen des Untergangs der ersten deutschen Republik sind uns allen präsent: die Herrschaft des Nationalsozialismus, der Zweite Weltkrieg, der Mord an den europäischen Juden, die Teilung Deutschlands und Europas. Es sind diese weltgeschichtlichen Folgen des Zusammenbruchs von Weimar, die die Historiker immer wieder veranlassen, den Ursachen dieser Katastrophe nachzugehen. Ich versuche im folgenden, mich dem Problem in drei Schritten zu nähern. Ich frage erstens nach den Vorbelastungen, mit denen die Republik 1930 in ihre Endphase eintrat. Zweitens erörtere ich die Möglichkeiten, *den* Ausgang der deutschen Staatskrise zu vermeiden, der durch das Datum des 30. Januar 1933 markiert wird. Drittens stelle ich die Frage, welche Schlußfolgerungen sich aus dem Untergang Weimars für das Problem der Kontinuität in der neuesten deutschen Geschichte ergeben.

## I.

Anlaß, dem Scheitern von Weimar auf den Grund zu gehen, hatten zuallererst jene Kräfte, die diesen Staat geschaffen, getragen und bis zuletzt verteidigt hatten – in vorderster Linie die Sozialdemokraten. Einer von ihnen, der 1918 noch zu den Unabhängigen Sozialdemokraten, der im Jahr zuvor gegründeten Partei der Kriegskreditgegner, gehört hatte, Rudolf Hilferding, schrieb wenige Monate nach der Machtübergabe an Hitler, am 23. September 1933, an einen anderen ehemaligen Unabhängigen Sozialdemokraten, Karl Kautsky: „Unsere Politik in Deutschland war seit 1923 sicher im Ganzen und Großen durch die Situation erzwungen und konnte nicht viel anders sein. In diesem Zeitpunkt hätte auch eine andere Politik kaum ein anderes Resultat gehabt. Aber in der Zeit von 1914 und erst recht von 1918 bis zum Kapp-Putsch war die Politik plastisch und in dieser Zeit sind die schlimmsten Fehler gemacht worden. Das haben wir damals gesagt und davon brauchen wir jetzt nichts zurückzunehmen.“ Vier Monate später war diese Auffassung

der offizielle Standpunkt der Partei. In dem von Hilferding entworfenen „Prager Manifest“ der Exil-SPD vom Januar 1934 hieß es zur Revolution von 1918/19: „Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging.“<sup>1)</sup>

Hilferdings Verdikt faßt zusammen, was seit den frühen sechziger Jahren zur nicht unbestrittenen, aber doch überwiegenden Auffassung der historischen Forschung zur deutschen Revolution von 1918/19 geworden ist. Die neue, durch eine Vielzahl von Studien gestützte Sicht löste eine andere, bis dahin herrschende Meinung ab, die ihren klassischen Ausdruck in Karl Dietrich Erdmanns Urteil aus dem Jahr 1955 gefunden hatte, es sei 1918/19 um eine klare Alternative gegangen, nämlich entweder „die soziale Revolution im Bündnis mit den auf eine proletarische Revolution hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bündnis mit den konservativen Kräften wie dem alten Offizierskorps“<sup>2)</sup>. Eine jüngere Generation von Historikern argumentierte gegen Erdmann auf einer Linie, die bereits 1935 von dem unabhängigen Marxisten Arthur Rosenberg in seinem Buch „Geschichte der Deutschen Republik“ abgesteckt worden war: Die wirkliche Alternative zur „Weimarer Lösung“ habe schon deswegen nicht ein Arrangement mit den Kommunisten sein können, weil diese in den ersten Monaten nach Kriegsende und lange darüber hinaus noch keine Massenbasis hatten. Vielmehr sei es um grundlegende Änderungen der überkommenen Machtverhältnisse gegangen – um Änderungen, die mit Hilfe der anfangs überwiegend sozialdemokratisch orientierten Arbeiter- und Soldatenräte durchzusetzen gewesen wären, wenn die Führer der Mehrheitssozialdemokraten dies nur wirklich gewollt hätten<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Hilferdings Brief an Kautsky zitiert nach: *Heinrich August Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924 (Berlin 1985<sup>2</sup>) 365. Das Zitat aus dem Prager Manifest in: *Dieter Dowe* u. *Kurt Klotzbach* (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie (Berlin 1984<sup>2</sup>) 225–238 (229).

<sup>2)</sup> *Karl Dietrich Erdmann*, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (= VfZ) 3 (1955) 1–19 (7).

<sup>3)</sup> *Arthur Rosenberg*, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Hrsg. u. eingeleitet von *Kurt Kersten* (Frankfurt 1983); *Eberhard Kolb*, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919 (Düsseldorf 1962);

Für die sozialdemokratische Selbstkritik und ihre Rezeption durch die Geschichtsschreibung gibt es gute Gründe. Die Chance, einiges von der Erblast des kaiserlichen Obrigkeitsstaates abzutragen, war am größten in der Zeit zwischen dem Sturz der Monarchie am 9. November 1918 und der Wahl der Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Doch es gab keine ernsthaften Versuche, auch nur erste Schritte zur Demokratisierung der inneren Verwaltung und zum Aufbau eines republikloyalen Militärwesens zu tun, und die von vielen Arbeitern geforderte Vergesellschaftung des Steinkohlenbergbaus, einer Hochburg der industriellen Demokratiegegner, wurde solange vertagt, bis sich eine parlamentarische Mehrheit dagegen formieren und durchsetzen konnte. Das, was in den ersten Wochen nach dem Novemberumsturz möglich und erforderlich gewesen wäre, waren vorbeugende Eingriffe mit dem Ziel, die erstrebte parlamentarische Demokratie gesellschaftlich zu sichern. Um eines freilich konnte es *nicht* gehen: um eine „klassische“ Revolution, eine gesellschaftliche Umwälzung nach dem Vorbild Frankreichs von 1789 oder Rußlands im Oktober 1917.

Die großen Revolutionen des Westens – die englische, die amerikanische, die französische – hatten alle in überwiegend agrarischen Gesellschaften stattgefunden, und von den großen Revolutionen des Ostens – der russischen und der chinesischen – gilt dasselbe. In landwirtschaftlich geprägten Gesellschaften ist die Abhängigkeit der Menschen vom Staat noch vergleichsweise gering, was einen radikalen Systemwechsel erleichtert. In hochentwickelten arbeitsteiligen Industriegesellschaften dagegen hängen die Menschen in einem Maß von öffentlichen Dienstleistungen ab, das, um Richard Löwenthal zu zitieren, einen „Anti-Chaos-Reflex“ hervorruft: Das Bedürfnis nach administrativer Kontinuität wirkt objektiv antirevolutionär<sup>1</sup>).

*Fortsetzung Fußnote von Seite 6*

*Peter von Oertzen*, Betriebsräte in der Novemberrevolution (Düsseldorf 1963); *Ulrich Kluge*, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (Göttingen 1975). Zusammenfassend: *Reinhard Rürup*, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19 (Wiesbaden 1968).

<sup>1</sup>) *Richard Löwenthal*, Bonn und Weimar: Zwei deutsche Demokratien, in: *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953. Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5 (Göttingen 1979) 9–25 (11); *ders.*, Die Sozialdemokratie in Weimar und heute. Zur Problematik der „versäumten“ demokratischen Revolution, in:

Deutschland war 1918/19 ein hochindustrialisiertes Land, und der Grad der Industrialisierung war der *eine* Grund, der das Ausbleiben einer „großen“ Revolution erklärt. Der *andere* war der Grad der Demokratisierung. Deutschland kannte zwar erst seit der Verfassungsreform vom Oktober 1918 ein parlamentarisches System, das im übrigen weitgehend nur auf dem Papier stand, aber doch seit rund einem halben Jahrhundert das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer, das Bismarck 1867 im Norddeutschen Bund und 1871 im Deutschen Reich eingeführt hatte. Das demokratische Wahlrecht gab den Massen einen verbrieften Anspruch auf politische Teilhabe. 1918/19 konnte es also nur um mehr und nicht um weniger Demokratie gehen. Die Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“, auch wenn sie unter der Formel „Alle Macht den Räten“ propagiert wurde, hätte nicht einen Gewinn, sondern einen drastischen Verlust an Freiheit bedeutet. Deshalb fielen solche Parolen auch in der Arbeiterschaft nur bei einer Minderheit auf fruchtbaren Boden.

Umstritten ist in der Geschichtswissenschaft infolgedessen kaum noch die Tatsache, daß es 1918/19 zu einer Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen Revolutionsregierungen und den „alten Eliten“ in Militär, Bürokratie und Wirtschaft kam, sondern nur das Ausmaß dieser Zusammenarbeit – oder, anders gewendet, die fehlende Nutzung vorhandener Handlungsspielräume durch jene Kräfte, die Deutschland in ein demokratisches Gemeinwesen verwandeln wollten. In letzter Instanz erklärt sich die Passivität der regierenden Sozialdemokratie, was die präventive Sicherung der Demokratie anbelangt, wohl aus Prägungen der Kaiserzeit: Schon lange vor 1914 war die revolutionäre Theorie des Sozialismus eines, die pragmatische Alltagsarbeit von Partei und Gewerkschaften ein anderes gewesen. Nach dem 9. November 1918 ging es Friedrich Ebert und seinen Freunden darum, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, die Einheit des Reiches zu bewahren und möglichst bald allgemeine Wahlen abzuhalten, die die künftige Richtung der deutschen Politik bestimmen sollten. Nicht als Gründerväter einer Demokratie fühlten sich die sozialdemokratischen Volksbeauftragten, sondern, wie Ebert es am 6. Februar 1919 in sei-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 7*

*ders.*, Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Zukunftsprobleme der westlichen Demokratien (Frankfurt 1979) 197–211; *ders.*, Vom Ausbleiben der Revolution in den Industriegesellschaften, in: Historische Zeitschrift (= HZ) 232 (1981) 1–24.

nem Rechenschaftsbericht vor der Nationalversammlung ausdrückte, als die „Konkursverwalter des alten Regimes“<sup>5)</sup>.

Wenige Historiker werden heute noch bestreiten, daß das hohe Maß an Kontinuität zwischen kaiserlichem Obrigkeitsstaat und demokratischer Republik zu den historischen Vorbelastungen Weimars gehört. Gestritten wird um die Vermeidbarkeit oder Unumgänglichkeit dieser Kontinuität – und zwar nicht nur im Bereich der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, sondern auch im Hinblick auf das, was ich die moralische Kontinuität nennen möchte. Bereits im Frühjahr 1919 lagen die von Karl Kautsky im Auftrag des Rates der Volksbeauftragten gesammelten deutschen Aktenstücke zum Kriegsausbruch von 1914 vor. Sie machten deutlich, daß die Reichsleitung Österreich-Ungarn zum Krieg gegen Serbien gedrängt und damit eine entscheidende Rolle bei der Auslösung des Ersten Weltkrieges gespielt hatte. Doch im Gegensatz zum Reichspräsidenten Ebert und einigen Ministern wünschte die Mehrheit der Mitglieder der Koalitionsregierung Scheidemann, als sich im März 1919 die Frage der Aktenpublikation stellte, keine Stunde der Wahrheit und entschied sich gegen die Offenlegung der deutschen Kriegsschuld. Die Folge war, daß der Vertrag von Versailles das deutsche Volk gänzlich unvorbereitet traf. Die Weigerung, eigenes Unrecht anzuerkennen, ließ die nur zu offenkundigen Ungerechtigkeiten des Friedensvertrages als ungeheuerlich erscheinen. Zur Dolchstoßlegende, die die „Marxisten“ mit der Verantwortung für die militärische Niederlage belastete, trat eine Kriegsunschuldlegende. Beide Legenden taten das Ihre, einen moralischen Bruch mit der jüngsten Vergangenheit zu verhindern<sup>6)</sup>.

So schwer Weimar durch ein Übermaß an Kontinuität belastet wurde, so zweifelhaft ist doch auf der anderen Seite, ob eine gründlichere Revolution im Sinne gemäßigter Unabhängiger Sozialdemokraten wie Hilferding ausgereicht hätte, der Republik das Überleben zu sichern. Jene Machtelite, die am zielstrebigsten und erfolg-

<sup>5)</sup> Gerhard A. Ritter u. Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente (Hamburg <sup>2</sup>1975) 208f.

<sup>6)</sup> Winkler, Von der Revolution (Anm. 1), 206–226; Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik (Göttingen 1983); Wolfram Wette, Ideologie, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches, in: Wilhelm Deist u. a. (Hrsg.), Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1, Stuttgart 1979) 25–173.

reichsten die Zerstörung der Demokratie betrieb, die Gruppe der ostelbischen Junker, wurde 1918/19 in ihrer Machtposition weder von „unten“, von Landarbeitern und landarmen Bauern, noch von „oben“, von den neuen Revolutionsregierungen, in Frage gestellt. Die Justiz, ebenfalls ein Hort obrigkeitstaatlichen Denkens, stand nie zur Disposition, und von den deutschen Universitäten und Gymnasien gilt dasselbe. In der Tat gehörten nicht nur einzelne Machteliten, sondern auch große Teile des gebildeten Bürgertums von Anfang an zu den Gegnern der jungen Demokratie. Wer diese Demokratie wollte, konnte wohl fordern, daß einzelne, offen illoyale Richter, Staatsanwälte und Beamte abgelöst wurden. Aber ein Revirement auf breiter Front wäre schon daran gescheitert, daß alternatives Personal nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stand. Die Republik mußte folglich mit einem staatlichen Apparat leben, in dem die überzeugten Republikaner bis zuletzt nur eine kleine Minderheit bildeten.

Die radikale Linke zog aus den Vorbelastungen der Vergangenheit einen Schluß, der in sich konsequent erschien: Es war der frontale Kampf gegen die „Bourgeoisie“ und in seiner Konsequenz das, was Sozialdemokraten und gemäßigte Unabhängige vermeiden wollten, der Bürgerkrieg. Wie immer er ausgegangen wäre, eine parlamentarische Demokratie konnte sein Ergebnis nach menschlichem Ermessen nicht sein. Um ebendieses System aber ging es der bürgerlichen Mitte und den Sozialdemokraten. Nur wenn sie, die gemäßigten Teile des Bürgertums und der Arbeiterschaft, weiterhin, wie schon in den letzten beiden Kriegsjahren, zusammenarbeiteten, konnte eine parlamentarische Demokratie entstehen und sich entwickeln. Die Entscheidung für die parlamentarische Demokratie war die Entscheidung gegen den Bürgerkrieg und, marxistisch gesprochen, für den Klassenkompromiß. Für die Sozialdemokraten bedeutete das eine Abkehr von den Positionen des unbedingten Klassenkampfes, die sie, jedenfalls verbal, vor 1914 vertreten hatten. Wäre die Einheit der Partei nicht an der Frage der Kriegskredite zerbrochen, so an einem Eintritt von Sozialdemokraten in ein Koalitionskabinett. Die Spaltung der Arbeiterbewegung war mithin von Anfang an beides: eine schwere Vorbelastung der ersten deutschen Demokratie und eine Bedingung ihrer Möglichkeit<sup>7)</sup>.

<sup>7)</sup> Ausführlich hierzu: *Heinrich August Winkler*, Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19 (Berlin <sup>2</sup>1980).

Die Ausführlichkeit, mit der ich auf die Anfänge der Weimarer Republik eingegangen bin, läßt sich mit einem Wort aus der „Politik“ des Aristoteles rechtfertigen: „Denn der Fehler liegt im Anfang, und der Anfang ist, wie es heißt, die Hälfte des Ganzen.“ Doch die Frage, ob Weimar scheitern mußte, ist durch den Nachweis historischer Vorbelastungen natürlich noch längst nicht beantwortet. Dasselbe läßt sich von einer Vorbelastung anderer Art sagen: den Strukturmängeln der Weimarer Reichsverfassung, allen voran dem Gegensatz zwischen der parlamentarischen Normal- und der präsidentialen „Reserveverfassung“, auf dessen Auswirkungen gleich noch zurückzukommen sein wird. Denn allen Belastungen aus der Vorgeschichte und der Frühzeit der Republik zum Trotz wurde Weimar immerhin 14 Jahre alt. Das demokratische System überlebte den Kapp-Lüttwitz-Putsch und kurz darauf die Reichstagswahl vom Juni 1920, in der die drei Verfassungsparteien – Sozialdemokratie, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei – für immer ihre parlamentarische Mehrheit verloren. Das demokratische System überstand mit knapper Not sogar das Jahr der Beinahe-Katastrophe 1923, woran allerdings Hilfe von außen, der amerikanische Beitrag zur Neuregelung der Reparationsfrage, entscheidenden Anteil hatte. In der danach einsetzenden Phase relativer Stabilität schien Weimar sich ökonomisch zu erholen und politisch zu regenerieren. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 mochte gar als eine Art zweiter Staatsgründung verstanden werden: als endgültige Einbeziehung des konservativen Lagers in die politische Verantwortung und damit als Verbreiterung der gesellschaftlichen Grundlagen des demokratischen Systems<sup>8)</sup>.

<sup>8)</sup> Zu dieser Deutung der Wahl Hindenburgs etwa: *Karl Dietrich Erdmann*, Die Zeit der Weltkriege. 1. Teilband: Der Erste Weltkrieg. Die Weimarer Republik (= *Gebhardt*, Handbuch der deutschen Geschichte, 9. Aufl., Band 4/1, Stuttgart 1973) 272f. Zu den Strukturmängeln der Weimarer Verfassung v. a. *Ernst Fraenkel*, Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, in: *ders.*, Deutschland und die westlichen Demokratien (Stuttgart <sup>1</sup>1968) 81–119. Zum Begriff der „Reserveverfassung“: *Hagen Schulze*, Das Scheitern der Weimarer Republik als Problem der Forschung, in: *Karl Dietrich Erdmann* u. *Hagen Schulze* (Hrsg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute (Düsseldorf 1980) 23–36; *Karl Dietrich Bracher*, Demokratie und Machtvakuum: Zum Problem des Parteienstaats in der Auflösung der Weimarer Republik, ebd., 109–134. Generell zur präsidentialen Alternative in Weimar: *ders.*, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der De-

Es gab indes Gründe, der Stabilität zu mißtrauen. Wirtschaftlich lebte die Republik weitgehend auf „Pump“ – von amerikanischen Krediten, die kurzfristig vergeben, aber meist, vor allem von den Kommunen, langfristig angelegt wurden. Die großzügige Erhöhung der Beamtgehälter 1927, als Korrektur der starken Einbußen der Inflationsjahre gedacht, überforderte die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden. Auf den Disput der Experten, ob die Reallöhne über der Produktivitätsentwicklung lagen oder hinter ihr zurückblieben, brauche ich an dieser Stelle nicht einzugehen. Aber wo immer die Ursachen geortet werden, es gab eine „Krankheit“ der Weimarer Wirtschaft und eine „Krise vor der Krise“. Die wirtschaftliche Stabilisierung der mittleren Jahre war nur eine relative, gemessen an der radikalen Instabilität der Inflationsperiode“).

Auch in der politischen Sphäre gab es im Jahrfünft nach 1924 unübersehbare Krisenzeichen. Die Regierungen waren entweder bürgerliche Minderheitskabinette oder stützten sich auf einen „Bürgerblock“ mit Einschluß der monarchistischen Deutschnationalen Volkspartei. Die Minderheitskabinette waren eo ipso instabil, aber die „rechten“ Mehrheitsregierungen kaum weniger: Der erste „Bürgerblock“ zerbrach im Herbst 1925, weil die Deutschnationalen Stresemanns Locarno-Politik nicht mittragen wollten, der zweite Ende 1927, weil Stresemanns Deutsche Volkspartei und das Zentrum sich nicht auf ein Reichsschulgesetz verständigen konnten. Die größte deutsche Partei, die SPD, hielt sich nach den desillusionie-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 11*

mokratie (Villingen <sup>4</sup>1964) 47 ff.; *ders.*, Parteienstaat, Präsidialregime, Notstand, in: *Gotthard Jasper* (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler 1930–1933 (Köln 1968) 58–71. – Das Zitat von Aristoteles: *ders.*, Politik V, 4, in: Werke, Bd. 4: Politik und Staat der Athener (Zürich 1955) 209.

“) Zu der von Knut Borchardt 1979 ausgelösten Debatte über die „Krankheit“ der Weimarer Wirtschaft im allgemeinen und die Lohnentwicklung als Ursache derselben im besonderen vgl. zusammenfassend *Eberhard Kolb*, Die Weimarer Republik (München <sup>2</sup>1988) 182 ff. Von *Borchardt* selbst neuerdings: Die „Krise vor der Krise“. Zehn Jahre Diskussion über die Vorbela-stungen der Wirtschaftspolitik Heinrich Brünnings in der Weltwirtschafts-krise. Münchener Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 89-25 (München 1989). Als Gegenposition v. a.: *Carl-Ludwig Holtfrerich*, Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Bemerkungen zur Borchardt-These, in: Geschichte und Gesellschaft (=GG) 10 (1984) 122–141. Als Replik hierauf: *Albrecht Ritschl*, Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Eine Auseinander-setzung mit Holtfrerichs Berechnungen zur Lohnposition der Arbeiters-chaft 1925–1932, in: GG 16 (1990) 375–402.

renden Erfahrungen von zwei Kabinetten der Großen Koalition unter Stresemann im Herbst 1923 fast fünf Jahre lang von der Regierungsverantwortung im Reich fern. Nach der Wiedervereinigung zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den gemäßigten Unabhängigen im Herbst 1922 war die Bereitschaft der SPD zum „Klassenkompromiß“ und damit zur Koalitionspolitik stark zurückgegangen. Anfang 1924 räumte das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, ein, es sei ohne weiteres zuzugeben, „daß sich die Partei in einer bequemerem Lage befand, solange das parlamentarische System noch nicht erfunden war. Dieses System mit seiner fatalen Notwendigkeit, Mehrheiten zu schaffen und Regierungen zu bilden, wird uns noch manche harte Nuß zu knacken geben“<sup>10</sup>).

Die Prognose bewahrheitete sich, als viereinhalb Jahre später, Ende Juni 1928, die letzte parlamentarische Mehrheitsregierung der Weimarer Republik, die Große Koalition unter dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Hermann Müller – zunächst nur in der lockeren Form eines „Kabinetts der Persönlichkeiten“ –, zustande kam. Es bedurfte des massiven Einsatzes des damals schon kranken Gustav Stresemann, um seine Partei, die Deutsche Volkspartei, zur Hinnahme des Bündnisses mit den Sozialdemokraten zu bewegen. Die Große Koalition, die formell erst im April 1929 besiegelt wurde, erwies sich als Regierung der permanenten Krise. Nur vordergründig scheiterte das Kabinett Müller Ende März 1930 an einem Konflikt um die Reform der Arbeitslosenversicherung – dem berühmten Streit um die Frage, ob die (von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Höhe zu entrichtenden) Beiträge um ein halbes und zuletzt ein viertel Prozent angehoben werden sollten oder nicht. In Wirklichkeit stand sehr viel mehr und Grundsätzlicheres auf dem Spiel. Es ging im Frühjahr 1930 darum, ob sich die Parteien der Großen Koalition darauf einigen konnten, daß es in einer Demokratie nicht nur wirtschaftliche Rahmenbedingungen des Sozialen, sondern auch soziale Rahmenbedingungen der Wirtschaft gab.

Im Kabinett wurde nach harten Auseinandersetzungen am 5. März 1930 ein entsprechender Kompromiß erzielt. Doch schon tags darauf kündigte ihn die rechte Flügelpartei, die DVP, im Ein-

<sup>10</sup>) Große Koalition in Sachsen, in: Vorwärts, Nr. 5, 4. I. 1924. Dazu Winkler, Von der Revolution (Anm. 1), 697f. Allgemein zur Mittelphase: Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928 (Düsseldorf 1967).

klang mit den Spitzenverbänden der Industrie, die sich ebenfalls gegen jedwede Beitragserhöhung aussprachen, wieder auf. Als der Reichstag am 12. März die Young-Gesetze verabschiedete, entfiel die letzte, durchaus nicht zufällig außenpolitische Klammer, die die Große Koalition noch zusammengehalten hatte. Ein Versuch des Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, Heinrich Brüning, den Streit um die Arbeitslosenversicherung in der Hauptsache zu vertagen – ein typischer „dilatorischer Formelkompromiß“ im Sinne des Staatsrechtlers Carl Schmitt –, wurde von den Sozialdemokraten, die ihrerseits unter dem Druck der Freien Gewerkschaften standen, abgelehnt. Formell übernahm damit die SPD die Verantwortung für den Bruch der Großen Koalition – und es war genau diese Rolle, die die Architekten der letzten Koalitionskrise den Sozialdemokraten zgedacht hatten.

Für die Reichswehrführung, die Industrie, die Großagrariere, die engere Umgebung des Reichspräsidenten und Hindenburg selbst stand seit längerem fest, daß es eine politische Gesundung Deutschlands nur geben konnte, wenn die parlamentarische Demokratie zugunsten einer vom Reichstag weitgehend unabhängigen, dafür vom Reichspräsidenten gestützten Regierung aufgegeben wurde. Der entsprechende Einsatz des Notverordnungsartikels 48 war schon in den Jahren relativer Stabilität mehrfach erwogen worden. Jetzt schlug die Stunde dieser „Reserveverfassung“: Hindenburg gewährte Müllers Nachfolger, Heinrich Brüning, die außerordentlichen Vollmachten, die er dem sozialdemokratischen Reichskanzler verweigert hatte. Hätte die SPD den Brüning-Kompromiß akzeptiert, was staatspolitisch sicherlich klug gewesen wäre, würde die Große Koalition wohl noch einige Monate, bis zum Herbst 1930, überlebt haben. Aber länger wollte auch das Zentrum, die klassische Mittelpartei der Republik, die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie nicht aufrechterhalten. Der parlamentarische Rückhalt der parlamentarischen Demokratie war im Frühjahr 1930 bereits so schwach, daß der Übergang zur Präsidialregierung früher oder später kommen mußte<sup>11)</sup>.

<sup>11)</sup> Zusammenfassend zur letzten Großen Koalition: *Heinrich August Winkler*. Der Schein der Normalität: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1930 (Berlin 1987) 521–823 (mit weiterer Lit.). Zur Verfassungsentwicklung der mittleren Jahre: *Gerhard Schulz*. Deutschland am Vorabend der Großen Krise (= Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform, Bd. 2, Berlin 1987). Zum Begriff des „di-

Kann man angesichts des Scheiterns des parlamentarischen Systems, um den Titel eines 1980 erschienenen, von Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze herausgegebenen Bandes zu zitieren, von der „Selbstpreisgabe einer Demokratie“ sprechen? Die demokratischen Kräfte Weimars hatten rückblickend allen Grund zur Selbstkritik. Die Sozialdemokraten verhielten sich gegenüber Reichsregierungen, in denen sie selbst vertreten waren, häufig so, als seien sie nach wie vor Oppositionspartei. Die Verhaltensmuster, die sie im Kaiserreich eingeübt hatten, wirkten nach: Die maßgebliche Trennungslinie verlief für sie nicht, wie es der Logik der parlamentarischen Demokratie entsprochen hätte, zwischen Regierungsmehrheit und Opposition, sondern gemäß den Regeln der konstitutionellen Monarchie zwischen Parlament und Regierung. Die beiden katholischen Parteien, Zentrum und Bayerische Volkspartei, trugen die Große Koalition nur widerwillig mit und hatten gegen den Übergang zur Präsidialverfassung keinerlei grundsätzliche Bedenken. Die Deutsche Demokratische Partei schließlich, die stetig schrumpfende Partei der liberalen Mitte, war schon in der Frühphase der Republik mehr als einmal aus Regierungen ausgeschieden, weil sie sich von unpopulären Entscheidungen, darunter der Annahme des Versailler Vertrags, distanzieren wollte.

Die Parteien, die Weimar geschaffen hatten, trugen also eine erhebliche Mitschuld an der chronischen Funktionsschwäche der parlamentarischen Demokratie. Aus der Kaiserzeit an praktische politische Verantwortung und den damit verbundenen Zwang zum Kompromiß nicht gewöhnt, verhielten sie sich oft genug entweder doktrinär oder opportunistisch, jedenfalls nicht so, wie es die Räson der parlamentarischen Demokratie von ihnen verlangt hätte. Doch seit den Reichstagswahlen vom Juni 1920 hatten die Parteien, die sich als demokratisch verstanden, keine Mehrheit mehr. Die unternehmernahe Deutsche Volkspartei, von ihrem Selbstverständnis her eine liberale, aber nicht eine demokratische Partei, war schon zu Stresemanns Lebzeiten schwer dazu zu bewegen, durch ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie eine parlamentarische Mehrheitsregierung zu ermöglichen. Nach Stresemanns Tod im Oktober 1929 setzte sich in seiner Partei die Konfrontationslinie immer mehr

*Fortsetzung Fußnote von Seite 14*

latorischen Formelkompromisses“: *Carl Schmitt*, Verfassungslehre (Berlin <sup>1</sup>1957, <sup>1</sup>1928) 28–36.

durch. Die DVP gab innerhalb der Großen Koalition jenen Kräften Rückendeckung, die außerhalb des Regierungsbündnisses auf die Demontage der parlamentarischen Demokratie hinarbeiteten. Als „Demokraten“ verstanden sich diese Kräfte nicht, und schon deshalb ist der Begriff „Selbstpreisgabe einer Demokratie“ bestenfalls eine Teilwahrheit. Was im März 1930 bei der Auflösung der Großen Koalition, der einzig mehrheitsfähigen Parteienkonstellation, den Ausschlag gab, war der Einfluß vordemokratisch geprägter Eliten, Militärs und Rittergutsbesitzer obenan, auf den Reichspräsidenten. Diesen „Zugang zum Machthaber“, um einen anderen Begriff Carl Schmitts zu zitieren, gab es für sie erst seit der Wahl Hindenburgs. Kein Vorgang in der Geschichte Weimars vor 1930 kann daher rückblickend mit so großem Recht als „Selbstpreisgabe einer Demokratie“ bezeichnet werden wie die Wahl des kaiserlichen Feldmarschalls in das höchste Staatsamt im April 1925<sup>12</sup>).

## II.

Wenn wir „Weimar“ mit der Zeit der parlamentarischen Demokratie gleichsetzen, muß eine Geschichte der ersten deutschen Republik logischerweise mit dem Jahr 1930 abbrechen. Arthur Rosenberg hat das in seinem eingangs zitierten Buch vorexerziert, ohne Nachahmer unter den späteren Historikern zu finden. Vielmehr wird die Zeit vom Frühjahr 1930 bis zum 30. Januar 1933 als die Auflösungsphase der ersten Republik, also noch als Bestandteil derselben, verstanden. Der Streit der Gelehrten geht unter anderem darum, ob die Präsidialregierungen in ihrer gemäßigten Phase, der Ära Brüning, eine konservative Alternative sowohl zur gescheiterten parlamentarischen Demokratie als auch zur nationalsozialistischen Diktatur und damit als ein legitimer Versuch zu werten sind, von Weimar zu retten, was noch zu retten war, oder aber als Weichenstellung in Richtung eines Prozesses, der mit einer gewissen Zwangsläufigkeit schließlich zur Machtübergabe an Hitler führte<sup>13</sup>).

<sup>12</sup>) Erdmann/Schulze (Hrsg.), Weimar (Anm. 8); Carl Schmitt, Gespräch über die Macht und den Zugang zum Machthaber (Pfullingen 1954).

<sup>13</sup>) Die These von der konservativen Alternative v. a. bei Josef Becker, Heinrich Brüning und das Scheitern der konservativen Alternative, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ (1980) Nr. 22, S. 3–17. Als Antwort hierauf: Udo Wengst, Heinrich Brüning und die „konservative Alternative“. Kritische Anmerkungen zu neuen Thesen über

Der formelle Übergang zum Präsidialsystem erfolgte im Juli 1930. Bis dahin hatte Heinrich Brüning, der am 30. März zum Reichskanzler ernannt worden war, sich auf Zufallsmehrheiten im Reichstag gestützt, die mit Hilfe eines Teiles der Deutschnationalen zustande kamen. Am 16. Juli aber erlitt die Regierung bei der Abstimmung über die Deckungsvorlage zum Haushaltsgesetz eine Niederlage, und damit trat die Situation ein, um derentwillen Brüning berufen worden war. Eine Notverordnung auf Grund des Artikels 48 kam heraus; der Reichstag forderte mit den Stimmen der SPD ihre Rücknahme; daraufhin wurde der im Mai 1928 gewählte Reichstag aufgelöst und eine neue Notverordnung erlassen. Aus der Reichstagswahl vom 14. September 1930 gingen die Nationalsozialisten als eindeutige Sieger hervor: Statt wie bisher über 12 verfügte die Partei Hitlers nun über 107 Sitze.

Im neuen Reichstag konnte die Regierung Brüning nur dann noch eine parlamentarische Mehrheit finden, wenn zu den Parteien der Mitte und der gemäßigten Rechten andere hinzutraten – konkret entweder NSDAP oder SPD. Das Regierungslager, einschließlich der Reichswehr, zog zu diesem Zeitpunkt die Unterstützung durch die SPD als das kleinere Übel vor. Umgekehrt verhielt es sich ähnlich. Für die Sozialdemokraten war ein Kabinett Brüning ein bei weitem kleineres Übel als eine von Nationalsozialisten und Deutschnationalen abhängige Reichsregierung.

Doch diese Überlegung war nur einer von zwei Gründen, weshalb die Sozialdemokraten Brüning bis zu seinem Sturz im Mai 1932 tolerierten. Der andere Grund hieß: Preußen. Im größten deutschen Staat regierte seit 1925 eine „Weimarer Koalition“ aus der SPD, dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei, die sich seit Juli 1930 Deutsche Staatspartei nannte. Die preußische Regierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun hing also von Brünings Partei, dem Zentrum, ab. Ließ die

*Fortsetzung Fußnote von Seite 16*

die Endphase der Weimarer Republik, ebd., Nr. 50, S. 19–26, und als Anti-Kritik: *Josef Becker*, Geschichtsschreibung im politischen Optativ? Zum Problem der Alternativen im Prozeß der Auflösung einer Republik wider Willen, ebd., S. 27–36. Vgl. ferner *Hans Mommsen*, Heinrich Brünings Politik als Reichskanzler: Das Scheitern eines politischen Alleingangs, in: *Karl Holl* (Hrsg.), Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation (Göttingen 1978) 16–45, sowie immer noch *Bracher*, Auflösung (Anm. 8), passim.

SPD Brüning im Reich fallen, so mußte sie damit rechnen, daß das Zentrum die Preußenkoalition aufkündigte. Wenn aber Braun stürzte, dann auch der sozialdemokratische Innenminister Carl Severing, dem die preußische Polizei, das wichtigste staatliche Machtmittel im Kampf gegen den Nationalsozialismus, unterstand. Da die SPD dies nicht wollen konnte, hatte sie keine andere Wahl, als Brüning zu tolerieren.

Die Tolerierung Brünings bedeutete die Hinnahme eines rigiden Sparkurses und der damit verbundenen sozialen Härten. So sehr sich die Sozialdemokraten immer wieder um eine Abmilderung der Notverordnungen bemühten, in einem entscheidenden Punkt waren sie mit dem Zentrumskanzler einig: Die ungesunde „Pumpwirtschaft“ der vorangegangenen Jahre mußte korrigiert, die Sanierung der Staatsfinanzen durchgesetzt werden. Im übrigen waren auch die maßgeblichen Kreise der SPD davon überzeugt, daß eine Wirtschaftskrise wie die, in der die Welt sich seit dem Herbst 1929 befand, nicht durch staatliche Konjunkturprogramme abgekürzt werden konnte. Schließlich gab es zwischen Brüning und der SPD lange Zeit, bis Ende 1931, auch darin Konsens, daß Deutschland sich um eine Revision der Reparationslasten nach dem Young-Plan bemühen mußte – eine Zielsetzung, die sich nur bei einer betont zurückhaltenden Ausgabenpolitik verwirklichen ließ<sup>14</sup>).

Die Entparlamentarisierung Deutschlands, die sich unter Brüning vollzog, äußerte sich auch darin, daß der Reichstag nur noch selten tagte. Die Sozialdemokraten akzeptierten, ja begrüßten diese Konsequenz. Der „Vorwärts“ meinte etwa am 13. Dezember 1930, drei Monate nach der Neuwahl seien wohl alle einer Meinung darüber, „daß dieser Reichstag eine Mißgeburt ist und daß man froh

<sup>14</sup>) *Heinrich August Winkler*, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933 (Bonn 1990) bes. 207 ff.; *Wolfram Pyta*, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik (Düsseldorf 1989); *Rainer Schäfer*, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung. Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930–1932 (Frankfurt 1990). Zur Debatte um Brünings Wirtschaftspolitik aus der neuesten Listeratur: *Ian Kershaw* (Hrsg.), Weimar: Why Did German Democracy Fail (London 1990); *Jürgen Baron von Kruedener* (Hrsg.), Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924–1933 (New York 1990); *Knut Borchardt*, Zehn Jahre Diskussion über die Wirtschaftspolitik Brünings in der Großen Krise. Thesen, Antithesen und mögliche Synthesen. Münchener Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 89-24 (München 1989).

sein kann, wenn man von ihm nichts hört und nichts sieht“. Ernst Heilmann, der Fraktionsvorsitzende der SPD im preußischen Landtag, urteilte zur gleichen Zeit, ein Reichstag mit 107 Nationalsozialisten und 77 Kommunisten könne in Wirklichkeit nicht arbeiten. „Ein Volk, das einen solchen Reichstag wählt, verzichtet damit effektiv auf die Selbstregierung. Und sein Gesetzgebungsrecht wird automatisch durch den Artikel 48 ersetzt. Diese für jeden Freund der Demokratie höchst betrübliche Tatsache muß man hinnehmen, bis das deutsche Volk zu einer gescheiteren Wahl fähig geworden ist.“ Otto Braun kam in einem Rundfunkvortrag am 17. Dezember 1930 zu derselben Schlußfolgerung. Erweise sich ein Parlament, zum Teil infolge seiner Durchsetzung mit antiparlamentarischen Gruppen, als unfähig, seine verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen, „dann, aber auch nur dann muß das politische SOS-Notzeichen gegeben werden, dann muß das Notventil der Verfassung für so lange Zeit geöffnet werden, bis der akute Notstand beseitigt ist, den das Parlament nicht meistern konnte oder nicht meistern wollte“. Der „Vorwärts“ veröffentlichte Brauns Rede unter der durchaus nicht ironisch gemeinten Überschrift „Erziehung zur Demokratie!“<sup>15)</sup>

Angesichts der Tumulte und Krawalle, in die seit dem Herbst 1930 fast jede Reichstagssitzung umschlug, war der Überdruß an diesem Parlament leicht nachvollziehbar. Aber die Nutznießer der Entparlamentarisierung waren nicht die Parteien, die Brüning stützten, sondern die entschiedensten Gegner der parlamentarischen Demokratie: die Nationalsozialisten. Je weniger der Reichstag zu sagen hatte, desto glaubwürdiger schien ihr Protest gegen den neuen Obrigkeitsstaat. Die Initiatoren des Präsidialregimes waren einem Irrtum erlegen, als sie meinten, man könne nach über einem Jahrzehnt Parlamentarismus das Rad der Geschichte einfach zurückdrehen. Das parlamentarische System von Weimar hatte mehr schlecht als recht funktioniert, aber immerhin konnten die Regierungen zwischen 1919 und 1930 den Wählerwillen nicht einfach ignorieren. Und selbst in der konstitutionellen Monarchie des Kaiserreichs hatte der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Reichstag erheblich mehr Einfluß auf die Gesetzgebung gehabt als der Reichstag in der Ära Brüning. Die NSDAP erhielt also die einmalige Gelegenheit, die seit langem verbrieften Rechte des entmachteten Volkes

<sup>15)</sup> Zitatnachweise in: *Winkler, Weg* (Anm. 14), 271 f.

einzuklagen und Massen gegen ein System zu mobilisieren, das Weimar eben dadurch diskreditierte, daß es den Parlamentarismus in eine Farce verwandelte.

Die Tolerierungspolitik der SPD verschaffte den Nationalsozialisten eine zusätzliche Chance: Da die Sozialdemokraten als Opposition ausfielen, konnte sich die NSDAP als die einzige große Oppositionspartei rechts von den Kommunisten und zugleich als die Alternative zum „Marxismus“ sowohl in seiner sozialdemokratischen als auch in seiner bolschewistischen Spielart darstellen. Aber auch die Kommunisten zogen Nutzen aus der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik: Da die SPD die Regierung Brüning unterstützte, die von den Kommunisten als Wegbereiterin der faschistischen Diktatur bezeichnet wurde, fiel es der KPD leicht, die Sozialdemokratie als „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ und „Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse“ oder kurz als „sozialfaschistisch“ zu diffamieren.

Eine linke Einheitsfront im Zeichen des „Antifaschismus“ wäre freilich auch dann kein Weg zur Rettung Weimars gewesen, wenn die Kommunisten auf solche Kampfbegriffe verzichtet hätten. Der Gegensatz zwischen den beiden Arbeiterparteien war unüberbrückbar. Die KPD verstand sich als *die* Partei des gewaltsamen Umsturzes; die SPD war die staatstragende Partei der Republik schlechthin, und sie wurde es seit 1930, als dieser Staat immer weniger der ihre war, mehr denn je. Eine Einheitsfront mit den Kommunisten hätte die Sozialdemokraten nicht nur die Reste der staatlichen Macht gekostet, die sie auf Länderebene noch besaßen. Ein Linksruck der SPD, Voraussetzung und Folge einer Annäherung an die KPD, hätte überdies viele Anhänger der Sozialdemokratie abgestoßen, die Revolutionsfurcht im Bürgertum gewaltig gesteigert und den Nationalsozialisten neue Wähler zugetrieben. Eine „linke“ Alternative zur Tolerierungspolitik ist die antifaschistische Einheitsfront, einem bis heute fortwirkenden Mythos zum Trotz, folglich nie gewesen<sup>16)</sup>.

Als größten Erfolg ihrer Tolerierungspolitik empfand die Sozialdemokratie die Verhinderung der Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten im April 1932. In der Tat: Hätte die SPD nicht seit dem Ok-

<sup>16)</sup> *Ebd.*, bes. 305–309, 951–954. Zur Politik der KPD zwischen 1929 und 1933 allgemein: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. Eingel. v. Hermann Weber. Bearb. v. *Hermann Weber* unter Mitwirkung von *Johann Wachtler* (Düsseldorf 1981).

tober 1930 mit der Regierung Brüning und den sie tragenden Parteien zusammengearbeitet, wäre es im Frühjahr 1932 kaum zu jener Blockbildung gekommen, die die Wiederwahl des greisen Reichspräsidenten von Hindenburg ermöglichte. Die Parole „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!“ bedeutete für viele Sozialdemokraten eine Zumutung. Aber so weit war es mit Weimar gekommen: Wer die Macht nicht dem Führer der Nationalsozialisten ausliefern wollte, mußte einen überzeugten Monarchisten zum Präsidenten der Republik wählen. Jeder andere Kandidat wäre von Hitler geschlagen worden. Das „Dritte Reich“ hätte in diesem Fall am 10. April 1932, dem Tag des zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahlen, begonnen<sup>17)</sup>.

Für Brüning, den eigentlichen Architekten der Wiederwahl Hindenburgs, wurde der 10. April 1932 zu einem Pyrrhussieg. Der Reichspräsident, unglücklich, daß er seine Wahl nicht der nationalen Rechten, sondern in erster Linie Sozialdemokraten und „Katholen“ zu verdanken hatte, war entschlossen, das Steuer nach rechts herumzuwerfen. In diese Richtung drängten ihn seine engsten Berater, darunter sein Sohn Oskar, dessen ehemaliger Regimentskamerad Kurt von Schleicher, jetzt Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, und adlige Gutsnachbarn aus Ostpreußen. Schleicher nahm das am 13. April ausgesprochene Verbot von Hitlers Privatarmeen, SA und SS, zum Anlaß, den Sturz sowohl des Reichswehr- und Innenministers Groener als auch Brünings selbst zu betreiben. Beschleunigt wurde der Abgang des Zentrumskanzlers von den ostelbischen Großagariern. Sie machten im Mai, während Hindenburg auf seinem Gut Neudeck weilte, gegen den Entwurf einer Siedlungsverordnung mobil, wonach nicht mehr sanierungsfähige Güter zum Zweck der Bauernsiedlung zwangsversteigert werden konnten. Als Urheber einer angeblich einseitig gegen die Rechte gerichteten Maßnahme, des Verbots von SA und SS, angeprangert und als Förderer „agrarpolschewistischer“ Bestrebungen denunziert, wurde Brüning am 30. Mai 1932 von Hindenburg in persönlich brüskierender Form aus dem Amt des Reichskanzlers entlassen<sup>18)</sup>.

<sup>17)</sup> *Winkler, Weg* (Anm. 14), 511–532.

<sup>18)</sup> *Werner Conze*, Zum Sturz Brünings, in: *VfZ* 1 (1953) 261–288; *Thilo Vogelsgang*, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932 (Stuttgart 1962) bes. 180ff.; *Heinrich Muth*, Agrarpolitik und Par-

Brünings Sturz wirft ein eigentümliches Licht auf die These von der „konservativen Alternative“, die der Zentrumskanzler verkörpert haben soll. Was immer von seiner späteren, durch zeitgenössische Quellen nicht gestützten Behauptung zu halten ist, er habe während seiner Regierungszeit zielstrebig auf die Errichtung einer parlamentarischen Monarchie englischen Musters hingearbeitet, so gibt es doch keinen Zweifel, daß Brüning außen- und innenpolitisch ein Mann des vorrepublikanischen Deutschland war. Das Bismarckreich stand ihm näher als die Republik, deren Kanzler er war. Was Brüning von Weimar vor allem retten wollte, war älter als Weimar: Es war der preußisch-deutsche Rechtsstaat, den er verteidigte, nicht die Demokratie von 1919.

Aber auf Brünings langfristige Vorstellungen kam es zu keinem Zeitpunkt seiner Kanzlerschaft wirklich an. Entscheidend war, was Hindenburg und seine Berater wollten. Als sie Brüning im März 1930 zum Reichskanzler machten, wollten sie die Regierung aus der Abhängigkeit vom Reichstag im allgemeinen und von der Sozialdemokratie im besonderen lösen. Die begrenzte Abhängigkeit von den Sozialdemokraten, in die Brüning nach den Septemberwahlen von 1930 geriet, wurde als kleineres Übel hingenommen, solange die Nationalsozialisten als Partei des revolutionären Umsturzes galten. Aber Hitlers Legalitätsbeteuerungen fanden zunehmend Glauben, und im Frühjahr 1932 waren auch Hindenburg und seine Ratgeber zu der Überzeugung gelangt, daß man gegen die NSDAP, die mittlerweile zu *der* Massenpartei der Rechten geworden war, keine Politik mehr machen könne. Das hieß nicht, daß die Nationalsozialisten selbst regieren oder gar den Kanzler stellen, wohl aber eine rechte, betont nationale Präsidialregierung stützen sollten. Die Tolerierungspolitik sollte gewissermaßen von links nach rechts umgepolt werden, ein Arrangement mit der Partei Hitlers an die Stelle der bisherigen Zugeständnisse an die Sozialdemokraten treten.

Angesichts seiner großen Abhängigkeit von Hindenburg ist es schwerlich gerechtfertigt, in Brüning den Hauptvertreter einer „konservativen Alternative“ zur gescheiterten parlamentarischen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 21*

teipolitik 1932, in: *Ferdinand A. Hermens u. Theodor Schieder* (Hrsg.), *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik*. Festschrift für Heinrich Brüning (Berlin 1967) 317–360; *Udo Wengst*, *Schlange-Schöningen*, *Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 30 (1979) 538–551.

Demokratie von Weimar zu sehen. Die Alternative zum parlamentarischen System war das Präsidialsystem, und dieses ruhte auf den Schultern Hindenburgs. Hindenburgs Politik in den Jahren seit 1930 aber ist mit dem Begriff „*konservativ*“ nicht zureichend beschrieben. Der Feldmarschall war zwar wie Brüning ein Mann des Rechtsstaates, aber seine Politik machten zunehmend andere – Kräfte, die die Krise dazu nutzen wollten, die Abkehr von der Demokratie zu vervollständigen. Ihr Wunschbild war ein autoritärer Staat, in dem der Einfluß der Massen nur noch gedämpft zur Geltung kam. Regieren sollten wieder jene alten Eliten, die Deutschland vor 1914 geführt hatten: Dorthin wünschten sie das Rad der Geschichte zurückzudrehen<sup>19)</sup>.

Das Kalkül der Kamarilla um Hindenburg hätte nur aufgehen können, wenn die Partei Hitlers bereit gewesen wäre, die ihr zuge dachte Rolle zu spielen. Zunächst schien sich auch alles in der gewünschten Richtung zu entwickeln. Die Nationalsozialisten lohnten es Brünings Nachfolger Franz von Papen mit einer Art stillschweigender Duldung, daß dieser ihre wichtigsten Forderungen, die Aufhebung des Verbots von SA und SS und die Auflösung des 1930 gewählten Reichstags, erfüllte. Sie nahmen es auch gern hin, daß Papens „Kabinetts der Barone“ am 20. Juli 1932 die inzwischen nur noch geschäftsführend amtierende Minderheitsregierung Otto Brauns in Preußen durch einen kalten Staatsstreich absetzen ließ, und zogen ihre Schlüsse daraus, daß Sozialdemokraten und Gewerkschaften den Gewaltakt lediglich mit verbalen Protesten beantworteten. Aber nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932, aus der die NSDAP mit 37,4% der abgegebenen gültigen Stimmen als die mit Abstand stärkste Partei hervorging, präsentierte Hitler seine Rechnung: Er forderte das Kanzleramt und die Schlüsselpositionen in einer neu zu bildenden Regierung für seine Bewegung und sich.

<sup>19)</sup> *Winkler*, Weg (Anm. 14), 575 ff. Zu Brünings Verhältnis zur Monarchie: *Heinrich Brüning*, Memoiren 1918–1934 (Stuttgart 1970); *Gerhard Schulz*, Erinnerungen an eine mißlungene Restauration. Heinrich Brüning und seine Memoiren, in: *Der Staat* 11 (1972) 61–81; *Werner Conze*, Zur Reichsverfassungsreform als Ziel der Politik Brünings, ebd. 11 (1972) 209–217; *ders.*, Brüning als Reichskanzler. Eine Zwischenbilanz, in: *HZ* 214 (1972) 310–334; *Karl Dietrich Bracher*, Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik, in: *VfZ* 19 (1972) 113–123; *Rudolf Morsey*, Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings „Memoiren 1918–1934“ (Opladen 1975).

Das schroffe Nein, das der Reichspräsident dieser Forderung am 13. August 1932 entgegengesetzte, schien allen recht zu geben, die Hindenburg am 10. April zum Sieg über Hitler verholfen hatten. Tatsächlich war der Reichspräsident zu diesem Zeitpunkt und noch bis in den Januar 1933 hinein entschlossen, sich dem totalen Machtanspruch der Nationalsozialisten zu widersetzen. Am 30. August 1932 gewährte er der Regierung von Papen nicht nur die Vollmacht zur neuerlichen Auflösung des Reichstags, sondern erklärte sich auch bereit, sich im Zeichen eines übergesetzlichen Staatsnotstands über den Artikel 25 der Weimarer Verfassung hinwegzusetzen, wonach die Neuwahl des Reichstags spätestens am sechzigsten Tag nach seiner Auflösung stattzufinden hatte<sup>20</sup>).

Die im August 1932 einsetzende Staatsnotstandsplanung muß vor dem Hintergrund der konkreten politischen Situation gesehen werden, in der sich Deutschland seit dem Ausgang der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 befand. Da zwei offen verfassungsfeindliche Parteien, NSDAP und KPD, über die absolute Mehrheit der Sitze verfügten, fiel der Reichstag als handlungsfähiges Verfassungsorgan aus. Damit war, um einen Begriff des Staats- und Kirchenrechtlers Johannes Heckel aufzunehmen, der Zustand der „Verfassungslähmung“ eingetreten. Eine Änderung dieses Zustands durch Neuwahlen war nicht zu erwarten. Der Reichspräsident konnte sich in dieser Situation des akuten Verfassungsnotstands Heckel zufolge auf seine Pflicht berufen, dem „politischen Gesamtzweck der Verfassung trotz der abnormen Lage und in Anpassung an sie“ gerecht zu werden. Freilich durfte er den Aufschub von Neuwahlen nicht zu dem Zweck nutzen, den Papen und sein Innenminister von Gayl im Sinn hatten: die Durchsetzung einer neuen autoritären Verfassung. Als Inhaber der kommissarischen Diktaturgewalt durfte der Reichspräsident nur ein „dictator ad tuendam constitutionem“, nicht ein „dictator ad constituendam constitutionem“ sein<sup>21</sup>).

<sup>20</sup>) Akten der Reichskanzlei (= AdR). Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, bearb. v. *Karl-Heinz Minuth* (Boppard 1989) 391 f. (Aufzeichnung Meissners über die Unterredung Hindenburgs mit Hitler, 13. 8. 1932), 474–479 (Aufzeichnung Meissners über die Besprechung Hindenburgs mit Papen, Schleicher und Gayl, 30. 8. 1932). Dazu mit weiteren Literaturangaben: *Winkler, Weg* (Anm. 14), 681–713.

<sup>21</sup>) *Johannes Heckel*, Diktatur, Notverordnungsrecht, Verfassungsnotstand mit besonderer Rücksicht auf das Budgetrecht, in: Archiv des öffentlichen

Die Proklamation des Verfassungsnotstands fand jedoch nicht statt. Die Regierung von Papen wagte diesen Schritt nicht mehr, nachdem der Reichskanzler am 12. September 1932 durch eigenes Verschulden das Debakel einer vernichtenden Niederlage bei der Abstimmung über einen kommunistischen Mißtrauensantrag im Reichstag heraufbeschworen hatte. Nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932, bei denen die Nationalsozialisten zwei Millionen Stimmen verloren, die destruktive Mehrheit von NSDAP und KPD aber bestehen blieb, unternahm Papen, gestützt von Hindenburg, einen neuen Anlauf, die Staatskrise durch den verfassungswidrigen Aufschub von Neuwahlen zu lösen. Aber diesmal versagte sich ihm die Mehrheit der Kabinettsmitglieder mit dem Reichswehrminister, General Kurt von Schleicher, an der Spitze. Schleicher lehnte die Ausrufung des Staatsnotstands nicht grundsätzlich ab, wollte aber zunächst noch einen Versuch machen, diese ultima ratio und den damit höchstwahrscheinlich verbundenen Einsatz der Reichswehr zu vermeiden.

Die Präventivstrategie, die Schleicher, seit dem 3. Dezember 1932 Papens Nachfolger als Reichskanzler, verfolgte, zielte darauf ab, möglichst viele gesellschaftliche und politische Kräfte, von den Gewerkschaften bis zu den Nationalsozialisten, in sein Lager einzu beziehen. Das Kalkül scheiterte in erster Linie an Hitler, der auch jetzt nicht daran dachte, die Rolle eines Juniorpartners zu übernehmen. Gegen den Willen Hitlers aber wollte auch sein Reichsorganisationsleiter, Gregor Strasser, auf den Schleicher große Hoffnungen gesetzt hatte, nicht in eine von dem General geführte Reichsregierung eintreten. Am 16. Januar 1933 zog das Kabinett von Schleicher die Konsequenz aus dem Fehlschlag der angestrebten „Querfront“

*Fortsetzung Fußnote von Seite 24*

Rechts, Neue Folge 22 (1932) 257–338 (260, 310f.). Zur Staatsnotstandsplanung 1932/33 u.a. *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik (Stuttgart 1984) 1073 ff.: *ders.*, Carl Schmitt in der Reichskrise der Weimarer Endzeit, in: *Helmut Quaritsch* (Hrsg.), *Complexio Oppositorum*. Über Carl Schmitt (Berlin 1988) 33–50; *Heinrich Muth*, Carl Schmitt in der deutschen Innenpolitik des Sommers 1932, in: *Theodor Schieder* (Hrsg.), *Beiträge zur Geschichte der Weimarer Republik*. Beiheft 1 der HZ (München 1971) 75–147. Vgl. ferner hierzu demnächst die Beiträge von *Dieter Grimm* u. *Eberhard Kolb* – *Wolfram Pyta*, in: *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Handlungsspielräume und Alternativen in der deutschen Staatskrise 1930–1933* (München 1992).

und beschloß, den im November zunächst verworfenen Weg zu gehen: die Auflösung des Reichstags und die Abhaltung von Neuwahlen lange nach Ablauf der verfassungsmäßigen Frist von sechzig Tagen, nämlich im Herbst 1933.

Die Gefahr, daß der Aufschub von Reichstagswahlen Deutschland in einen Bürgerkrieg stürzen würde, war im Januar 1933 geringer als im Sommer und Herbst des Vorjahres. Unter Schleicher war eine die Arbeiter besonders verbitternde Notverordnung Papens, die die Tarifautonomie weitgehend abschaffte, aufgehoben worden. Daß die Gewerkschaften gegen den „sozialen General“, als den sich der Reichskanzler selbst bezeichnete, zu einem Generalstreik aufrufen würden, war höchst unwahrscheinlich. Von den Sozialdemokraten, die aus Furcht vor einem Bürgerkrieg, den sie nur verlieren konnten, am 20. Juli 1932, dem Tag des „Preußenschlags“, auf massive Gegenwehr verzichtet hatten, war auch nicht zu erwarten, daß sie gegen Schleicher schärfer Front machen würden als gegen seinen Vorgänger. Unterstützt wurde der letzte Kanzler der Republik von den Parteien der bürgerlichen Mitte und den Spitzenverbänden der Industrie. Mit Recht konnte daher Reichsinnenminister Bracht am 16. Januar feststellen, „eine Einheitsfront gegen das Kabinett bestehe nicht mehr“<sup>22</sup>).

Aber Hindenburg war nicht bereit, Schleicher das zuzugestehen, was er Papen zweimal, im August und im November 1932, versprochen hatte: die Ausrufung des Staatsnotstands. Vieles kam zusammen, was Hindenburg zu diesem Meinungswandel veranlaßte. Das Gewicht der Warnungen vor einem Verfassungsbruch, die aus dem Zentrum und der Sozialdemokratie kamen, wird man nicht allzu hoch veranschlagen dürfen. Über derlei Bedenken hatte sich das Staatsoberhaupt ja auch im Vorjahr hinweggesetzt. Dagegen war der Reichspräsident beeindruckt von der Vehemenz, mit der der Reichslandbund, die Deutschnationalen und persönliche Freunde aus dem Kreis seiner ostpreußischen Gutsnachbarn gegen die Wirtschafts- und Agrarpolitik Schleichers zu Felde zogen. Er selbst verübelte es dem Kanzler, daß dieser ihn nicht demonstrativ gegen öffentliche Vorwürfe in Schutz nahm, die im Zusammenhang mit dem „Osthilfeskandal“, der Veruntreuung staatlicher Gelder für

<sup>22</sup>) AdR. Weimarer Republik. Das Kabinett von Schleicher. 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearbeitet von *Anton Golecki* (Boppard 1986) 230–243 (Ministerbesprechung, 16. 1. 1933). Zum Vorstehenden ausführlich (mit weiterer Literatur): *Winkler, Weg* (Anm. 14), 730–836.

verschuldete ostelbische Güter, gegen ihn und seine Familie erhoben wurden. Sodann verfehlte es nicht seine Wirkung, daß Papen, dem er nach wie vor besonders vertraute, mit der Rückendeckung eines Teiles der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie an einer Verständigung mit Hitler arbeitete. Zwar mißtraute Hindenburg dem „österreichischen Gefreiten“ immer noch. Aber wenn sein Sohn Oskar, Staatssekretär Meissner und Papen sich dafür verbürgten, daß ein Kanzler Hitler von konservativen Kräften eingerahmt und gezähmt werden könne, dann war dieser Weg vielleicht doch weniger riskant als jener, zu dem Schleicher ihn drängte. Am 29. Januar war das Ringen um Hindenburg entschieden: Der Reichspräsident war bereit, Hitler tags darauf zum Reichskanzler zu ernennen<sup>23)</sup>.

Zwangsläufig war dieser Ausgang der deutschen Staatskrise nicht. Hindenburg hätte sich auch für den Weg Schleichers entscheiden können – wobei die Neuwahl des Reichstags, wenn sie denn im Oktober oder November 1933 stattgefunden hätte, gewiß nicht das Ende der Krise gewesen wäre. Denkbar war auch im Januar 1933 eine Lösung unterhalb der Schwelle des verfassungswidrigen Aufschubs von Neuwahlen. Der Reichspräsident hätte erklären können, daß er das Mißtrauensvotum eines Reichstags, der zur Regierungsbildung selbst nicht fähig ist, nicht beachtet. Zu dieser Lösung riet dem Kanzler der Abgeordnete Wilhelm Simpfendorfer vom Christlich-Sozialen Volksdienst, und dieselben Überlegungen wurden auch im Reichwehrministerium angestellt und dem Kabinett am 16. Januar unterbreitet. Den festen Willen des Reichspräsidenten vorausgesetzt, war an der Ernennung Hitlers also durchaus vorbeizukommen.

Aber der Reichspräsident hieß nun einmal Hindenburg und war von dem sozialen Umfeld nicht zu trennen, dem er entstammte und auf das er hörte. Die Kamarilla, von der er sich lenken ließ, hatte ihn im Mai 1932 zum Sturz Brüning und zur Ernennung Papens veranlaßt und damit die Staatskrise dramatisch zugespitzt. Nach einem ganz ähnlichen Muster liefen im Januar 1933 die Entlassung Schleichers und die Ernennung Hitlers ab. Das stärkste Argument der Befürworter dieser Lösung war, daß Hitler als Führer der immer noch größten Partei über einen Massenanhang im „na-

<sup>23)</sup> *Ebd.*, 845–860. Zusammenfassend auch *Gotthard Jasper*, Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934 (Frankfurt 1986).

tionalen“ Lager verfügte. War es nicht eine der Lektionen der bisherigen Präsidialkabinette, daß Regierungen ohne einen solchen Rückhalt früher oder später scheitern mußten? Hatte nicht auch Schleicher eingeräumt, daß man Politik nicht im „luftleeren Raum“ machen könne? Einem Präsidialkabinett eine populäre Basis zu geben, schien sich als Konsequenz aus den seit 1930 begangenen Fehlern anzubieten, zugleich aber auch als Alternative zum Rückfall in den Parlamentarismus in Gestalt einer schwarz-braunen Koalition, wie sie Zentrum und Bayerische Volkspartei seit dem Sommer 1932 als Ausweg aus der Krise propagierten. Lag der 30. Januar 1933 also doch in der Logik der bisherigen politischen Entwicklung Deutschlands? Dieser Frage wende ich mich im abschließenden dritten Teil dieses Vortrages zu<sup>24</sup>).

### III.

Am 12. Juni 1932 trug Hermann Dietrich, unter Brüning Vizekanzler und Reichsfinanzminister, dem Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei eine sozialgeschichtliche Erklärung des eben erfolgten Übergangs vom gemäßigten zum offen antiparlamentarischen Präsidialsystem vor. Seine Kernthese lautete: „Die tieferen Gründe der Beseitigung Brünnings liegen darin, daß eine Schicht, die vorher im Staat keinen Einfluß mehr hatte, nämlich das Alt-Preußentum, die Herrschaft wieder an sich zu nehmen gewillt ist.“<sup>25</sup>)

Dietrich berief sich auf Äußerungen Schleichers, der natürlich ein Interesse daran hatte, den eigenen Anteil an der Entlassung Brünnings zu verwischen und den der Großagrariern um so mehr herauszustreichen. Dietrich wußte wohl auch selbst gut genug, daß die ostelbischen Rittergutsbesitzer nicht erst seit dem Frühjahr 1932 mehr als irgendeine andere gesellschaftliche Gruppe einen direkten

<sup>24</sup>) AdR, Kabinett von Schleicher (Anm. 22), 233 (Zitat Schleicher, 16. 1. 1933), 241–243 (Vorlage aus der Wehrmachtsabteilung des Reichswehrministeriums für die Ministerbesprechung am 16. 1. 1933), 297–300 (Brief Simpfendorfers an Schleicher vom 24. 1. 1933 mit Bezugnahme auf eine Unterredung vom 19. 1. 1933).

<sup>25</sup>) Linkliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933. Eingeleitet von Lothar Albertin. Bearbeitet von *Konstanze Wegner* in Verbindung mit *Lothar Albertin* (Düsseldorf 1980) 717–726 (719).

Zugang zu Hindenburg hatten. Dieses Privileg war ein Politikum erster Ordnung. Eine ökonomisch schwache, ja weithin bankrotte Gruppe hatte in der Endphase der Republik mehr politischen Einfluß als die wirtschaftliche ungleich mächtigere, politisch freilich uneinige Großindustrie. Diese oft verkannte Schlüsselrolle der Großagrarien verweist nochmals zurück auf die eingangs erörterten Vorbelastungen der ersten Republik. Die Konservierung des ostelbischen Rittergutsbesitzes war 1879 unter Bismarck durch die Einführung von Schutzzöllen für Getreide eingeleitet worden. In der Folgezeit erwiesen sich die (adligen und bürgerlichen) Rittergutsbesitzer als Meister in der Kunst, sich einen breiten sozialen Anhang zu verschaffen, der von den Landarbeitern über die Groß- und Kleinbauern bis zu Teilen des gewerblichen Mittelstandes reichte. Hans Rosenberg hat in diesem Zusammenhang von einer „Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse“ gesprochen. Die Wahlerfolge der Deutschnationalen Volkspartei nach 1918 und Hindenburgs erste Wahl im Jahre 1925 sind im Kontext dieser Strategie zu sehen. Der unmittelbare Zugang zur entscheidenden politischen Stelle, über den der Großgrundbesitz und die eng mit ihm verbundene Reichswehrführung seit dieser Wahl wieder verfügten, markiert eine entscheidende Veränderung in der sozialen Verteilung politischer Chancen – sowohl innerhalb der „alten Eliten“ wie in der Weimarer Gesellschaft insgesamt<sup>26)</sup>.

Ein unverhältnismäßig starker Einfluß vorindustrieller Eliten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, ein Kernelement der These vom „deutschen Sonderweg“, ist also gar nicht wegzudisputieren – und auch nicht die Bedeutung dieses Faktums für die Zerstörung der ersten Republik und die Machtübergabe an Hitler. Und dennoch wäre es viel zu einfach, den Junkern oder gar pauschal Preußen die Rolle des Schurken im Drama der Weimarer Republik zuzuweisen. Preußen hat nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920, der ersten, im wesentlichen vom konservativen Milieu Ostelbiens getragenen Rebellion gegen den neuen Staat, mit der Republikanisierung des öffentlichen Dienstes ernst gemacht und wurde eben dadurch zu einem festen Rückhalt der demokratischen Kräfte, während der zweitgrößte Staat, Bayern, sich vom gleichen Zeitpunkt

<sup>26)</sup> Hans Rosenberg, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: *ders.*, Probleme der deutschen Sozialgeschichte (Frankfurt 1969) 7–49.

ab konsequent zur antirepublikanischen „Ordnungszelle“ entwickelte<sup>27)</sup>).

Doch dies ist nicht der einzige Grund, vor einer Schwarz-Weiß-Malerei, einem antipreußischen Zerrbild in den Farben Preußens, zu warnen. Denn die Kontinuität der Eliten ist ja nur *ein* Aspekt des Kontinuitätsproblems. Auf einen anderen nicht minder wichtigen Aspekt dieses Problems habe ich bereits hingewiesen: die Erbschaft des Obrigkeitsstaates in den Köpfen der Weimarer Zeitgenossen, und zwar in den Köpfen der Gegner wie denen vieler Anhänger der Republik. Die einen trauerten bald der vermeintlichen Überparteilichkeit des deutschen Ancien régime nach und wollten ein ähnliches System, ob mit oder ohne monarchische Spitze, wiederherstellen. Die anderen weigerten sich, die Logik des neuen, parlamentarischen Systems zu akzeptieren, und fielen nur zu oft in die notorische Oppositionsrolle zurück, die sie im vorrepublikanischen Deutschland eingeübt hatten.

Vom Erbe des Kaiserreiches waren schon die Väter und Mütter der Weimarer Reichsverfassung nicht frei – jener Verfassung, von der der sozialdemokratische Reichsinnenminister Eduard David am 31. Juli 1919 voller Stolz meinte, sie mache die deutsche Republik zur demokratischsten Demokratie der Welt. Aber das Nebeneinander von repräsentativen und plebiszitären Elementen und insbesondere von Parlament und Präsidialgewalt war in Wahrheit ein Ausdruck mangelnder Vertrautheit mit der parlamentarischen Regierungsweise, ja des Mißtrauens in die repräsentative Demokratie. In einer Gesellschaft mit demokratischer politischer Kultur hätte auch ein starker Präsident die Demokratie wohl nicht gefährdet. Aber eine solche Gesellschaft war Weimar nicht. Das Urteil Ernst Fraenckels, nach dem Zweiten Weltkrieg einer der Gründerväter der deutschen Politikwissenschaft, trifft ins Schwarze: „Im Denken der Väter der Weimarer Verfassung spukt noch die Vorstellung, daß das Haupt der Exekutive dazu berufen sei, das Volksganze zu symbolisieren und das Gesamtinteresse wahrzunehmen. Dank ihres Unverständnisses für die repräsentativen Aufgaben eines Parlaments schufen sie eine plebiszitär-autoritäre Verfassung. Ein Volk, das seinem Parlament nicht die Fähigkeit zur Repräsentation zutraut, leidet an

<sup>27)</sup> Vgl. dazu *Hagen Schulze*, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie* (Frankfurt 1977); *Horst Möller*, *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932* (Düsseldorf 1985); *Klaus Schönhoven*, *Die Bayerische Volkspartei 1924–1932* (Düsseldorf 1972).

einem demokratischen Minderwertigkeitskomplex. Die angeblich demokratischste Verfassung der Welt war das Produkt obrigkeitsstaatlichen Denkens.“<sup>28)</sup>

Weimar erscheint uns rückblickend als ein Versuch, den Grundwiderspruch des Kaiserreichs, den Gegensatz zwischen kultureller und wirtschaftlicher Modernität auf der einen und der Rückständigkeit des politischen Systems auf der anderen Seite, aufzuheben. Die historische deutsche Abweichung vom Westen sollte also dadurch korrigiert werden, daß sich Deutschland, indem es sich demokratisierte, auch politisch auf das Niveau des Westens erhob. Die Revolution von 1918/19 war aber nicht jener radikale Bruch mit der Vergangenheit, dessen es wohl bedurft hätte, um die Erblast des Obrigkeitsstaates abzutragen. Und Deutschland war gesellschaftlich und politisch bereits zu entwickelt – zu industrialisiert und partiell auch schon zu demokratisiert –, als daß ein solcher Bruch möglich gewesen wäre. So gesehen, läßt sich ein Paradoxon Rudolf Stadelmanns, das dieser mit Blick auf die deutsche Sonderphase des aufgeklärten Absolutismus geprägt hat, auf die Situation von 1918/19 übertragen: „Nicht die deutsche Reaktion, sondern der deutsche Fortschritt hat Deutschland gegenüber dem Westen zurückgeworfen.“<sup>29)</sup>

Die Wiederherstellung eines bürokratischen Obrigkeitsstaates unter Brüning im Jahre 1930 markiert das Scheitern des politischen Modernisierungsexperiments von Weimar. Angesichts des verbrieften Anspruchs auf politische Partizipation, der weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht, war der Versuch, den politischen Einfluß des Volkes drastisch zurückzudrängen, von Anfang an eine autoritäre Illusion. Ein Weimar ohne Massentrückhalt war ein Widerspruch in sich selbst; ein derart reduziertes Weimar konnte wohl nicht überleben. Daß der Nationalsozialismus die Entdemokratisierung der ersten Republik mit einem pseudodemokratischen Appell an den Teilhabeanspruch des Volkes beantworten und mit Parolen des populistischen Protestes zur Massenbewegung aufsteigen konnte, ist ohne die Ungleichzeitigkeiten des deutschen Modernisierungsprozesses

<sup>28)</sup> *Fraenkel*, Komponente (Anm. 8), 113. Das Zitat von *David* in: Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen Volksstaates, hrsg. von *Eduard Heilfron* (Berlin 1919) Bd. 7, 453.

<sup>29)</sup> *Rudolf Stadelmann*, Deutschland und die westeuropäischen Revolutionen, in: *ders.*, Deutschland und Westeuropa. Drei Vorträge (Laupheim 1948) 11–33 (28).

nicht zu erklären. Eine Machtbeteiligung oder „Machtergreifung“ einer solchen Bewegung hätte sich nur verhindern lassen, wenn die staatliche Gewalt mit dem Reichspräsidenten an der Spitze entschlossen gewesen wäre, den Rechtsstaat notfalls mit militärischer Gewalt zu verteidigen. Was am Ende einer solchen Phase der mehr oder minder verhüllten Militärdiktatur gestanden hätte, muß Gegenstand der Spekulation bleiben. Mit einiger Sicherheit wäre es weder das „Dritte Reich“ noch eine einfache Rückkehr zur gescheiterten parlamentarischen Demokratie von der Art gewesen, wie man sie vor 1930 praktiziert hatte.

Mit der pseudolegalen Krisenlösung vom 30. Januar 1933, für die sich der ausschlaggebende Teil der „alten Eliten“ entschied, endete nicht nur die erste deutsche Republik. Infolge der Machtübergabe an Hitler hörte Deutschland auch auf, das zu sein, was es lange vor Weimar gewesen war: ein Rechts- und Verfassungsstaat. Es folgte ein Unrechtssystem, dessen zerstörerische Politik mit innerer Logik in die Selbstzerstörung mündete. Da es den Deutschen nicht gelang, sich von Hitlers Herrschaft selbst zu befreien, stand an deren Ende der Untergang des ersten, von Bismarck geschaffenen deutschen Nationalstaates<sup>30</sup>).

Die zweite deutsche Demokratiegründung von 1949 stand von Anfang an unter günstigeren Vorzeichen als die erste. Das hat viel damit zu tun, daß die Zäsur von 1945 ungleich tiefer war als die von 1918/19. Doch Bonn wurde auch deshalb nicht Weimar, weil es Weimar gegeben hat. Und auch für das vereinte Deutschland gilt, daß es sich von den Lektionen der Jahre 1918 bis 1933 nicht dispensieren kann. Die meisten Schlußfolgerungen, die der Parlamentarische Rat aus dem Scheitern der ersten Republik gezogen hat, sind nach wie vor aktuell. Für die Zukunft der Demokratie in Deutschland hängt vieles davon ab, ob wir uns des Doppelcharakters der Weimarer Erfahrung bewußt bleiben: als Menetekel und als Chance, aus der Geschichte zu lernen.

<sup>30</sup>) Ausführlicher dazu: *Gerald D. Feldman*, The Weimar Republic: A Problem of Modernization, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 25 (1986) 1–26; *Heinrich August Winkler*, Deutschland vor Hitler. Der historische Ort der Weimarer Republik, in: *Walter H. Pehle* (Hrsg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen* (Frankfurt 1990) 11–30.